Beschluss des Landrats vom 07.05.2026

Nr. 1748

41. Sicherer Schulweg: Tempo 30 beim Schönenbuchstrasse-Schulhaus in Allschwil
2025/260; Protokoll: gs

Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegen zu nehmen, sagt Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP); er beantragt zugleich die Abschreibung. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Es ist gemäss **Pascal Ryf** (Die Mitte) immer ein Vorteil, wenn ein Vorstoss lange auf der Warteliste ist – damit verändern sich doch einige Dinge. Der Redner war Unterstützer des Gegenvorschlags zur Tempo-30-Initiative, weil er der Meinung ist, dass es gut ist, wenn solche Entscheide breiter abgestützt sind. Das Volk hat aber anders entschieden. Natürlich kann der Redner gut damit leben. Bei der Unterstützung des Gegenvorschlags haben der Regierungsrat und gewisse Vertreter der FDP immer wieder betont, der Regierungsrat werde auch nachher noch die Möglichkeit haben, über den Gemeinderat hinweg zu entscheiden. Es brauche nicht zwingend einen Antrag des Gemeinderats, wenn Tempo 30 aus wichtigen Gründen eingeführt werden soll – nämlich aus Verkehrssicherheitsaspekten. In Allschwil geht es nur um einen kleinen Abschnitt, um die Schönenbuchstrasse auf der einen Seite und auf der anderen Seite, hinter dem Dorfschulhaus, um die Klarastrasse. Dort ist Tempo 30 aus Sicherheitsgründen durchaus sinnvoll.
Es gibt auch eine Petition aus der Bevölkerung. Man könnte also sagen, das Anliegen sei sogar demokratisch legitimiert. Der Gemeinderat hat noch nicht entschieden, dies umzusetzen. In der Beantwortung des Regierungsrats heisst es aber, dass die Polizei Basel-Landschaft der Gemeinde in einer Stellungnahme vom 27. Januar 2025 empfohlen hat, auf diesem Abschnitt Tempo 30 einzuführen. Nach dem Entscheid gegen den Tempo-30-Gegenvorschlag und dem einschlägigen Bundesgerichtsentscheid muss man erst recht sagen: Wenn die Bevölkerung das will, die örtliche Exekutive aber nicht vorwärts macht, hat der Regierungsrat die Möglichkeit zu sagen: Aus Verkehrssicherheitsaspekten soll Tempo 30 eingeführt werden. Darum ist die Mitte-Fraktion der Meinung, dass auf dem Abschnitt von der Schönenbuchstrasse 19 bis zum Dorfplatz und an der Klarastrasse Tempo 30 eingeführt werden soll – zur Sicherheit der Schülerinnen und Schüler. Es ist eine sehr enge Passage und eine kurvenreiche Strasse, wo es absolut Sinn macht, dass man zum Schutz der Kinder Tempo 30 einführt.
Darum ist die Fraktion natürlich für die Überweisung – aber vor allem gegen die Abschreibung. Der Regierungsrat, aber auch jene Leute, die den Gegenvorschlag unterstützt haben, betonten immer wieder: Der Regierungsrat hat die Kompetenz. Isaac Reber oder die abwesende Kathrin Schweizer sollten die Kompetenz jetzt wahrnehmen und dort vorwärts machen.

Juliana Weber Killer (SP) nimmt vorweg, dass die SP-Fraktion für die Überweisung ist, aber keinesfalls für eine Abschreibung. Schon seit Jahren ist die Schönenbuchstrasse in Allschwil ein Thema, das sehr viele bewegt, nicht nur politisch, sondern auch ganz konkret im Alltag der Menschen, die dort wohnen. Die SP Allschwil hat im Einwohnerrat immer wieder versucht, auf die Gefahren hinzuweisen und auf Lösungen gedrängt – leider ohne Erfolg. Umso erfreulicher war, dass eine Motion der GLP im letzten Januar erfolgreich war, die eine Tempo-30-Signalisation will. Dass sie eventuell nur alternierend gelten soll, hat zur Überweisung geführt. Gleichzeitig, Pascal Ryf hat es schon gesagt, haben Anwohnende im April eine Petition eingereicht.
Die Fakten sprechen eine klare Sprache (wer ortskundig ist, weiss das): Ab der Ecke der Klarastrasse bis zum Dorfplatz ist die Schönenbuchstrasse sehr eng, kurvig, abschüssig und dicht bewohnt. Ausschlaggebend ist vor allem, dass das Primarschulhaus genau dort angesiedelt ist.

Selbst Velofahrende, die ungebremst ins Dorf fahren, haben unten ohne Probleme ein Tempo von 50 km/h. Anwohnende und Lehrer haben von sehr brenzligen Situationen erzählt. Darum wurde ein dringender Handlungsbedarf bekundet.
Man redet hier nicht über Symbolpolitik, sondern über konkrete Sicherheit für Kinder. Das sind wohl die vulnerabelsten Verkehrsteilnehmer neben den betagten Personen, die dort wohnen. Müssen wir warten, bis etwas passiert, bis ein Kind verletzt wird oder sogar Schlimmeres passiert? Nein. Prävention ist besser als Reaktion.
Tempo 30 bedeutet keinen Verlust für Autofahrende. Der Zeitverlust ist minimal. Es geht vielleicht um 200 Meter bis ins Dorf und um ein paar Sekunden, die sie verlieren würden. Für die Schülerinnen und Schüler, für die Eltern, für ältere Menschen bedeutet das hingegen einen grossen Gewinn an Sicherheit, Ruhe und Lebensqualität. Darum ist die SP ganz klar dafür. Man schützt Menschen anstatt Risiken zu verwalten, man will präventiv handeln statt nachträglich zu reagieren, und man will die Lebensqualität für alle in den Mittelpunkt stellen.
Letzten Herbst war eine Club-Sendung im Fernsehen zu sehen, welche die Rednerin aufhorchen liess. Es ging um Tempo 30 auf Kantonsstrassen. Zwei sehr bürgerliche Politiker – Marco Tuena, Nationalrat der SVP, und Thierry Burkhart –, die Tempo 30 eigentlich nicht wollen, haben unisono gesagt, es gebe für sie spezielle Orte, wo Tempo 30 wirklich Sinn mache – zum Beispiel bei Schulhäusern. Wenn diese beiden Politiker das sagen können, darf man dem vielleicht eher linken Anliegen wirklich zustimmen.

Markus Graf (SVP) sagt, es finde wieder einmal eine Tempo-30-Diskussion statt. Er bedauert, dass er den Gottesdienst stören muss. Die SVP-Fraktion hätte für eine Überweisung votiert, wenn man das Postulat gleichzeitig abschreibt. Wenn die Vorredner den Vorstoss stehen lassen wollen, ist die Fraktion nun ganz klar dagegen. Der Fraktionssprecher kennt sich in Allschwil nicht sehr gut aus; Florian Spiegel hat ihn aber bestens über die Örtlichkeit informiert.
Ein Dank geht an die Direktion für die gute und ausführliche Beantwortung. Pascal Ryf hat die kurvige Strasse und die Unübersichtlichkeit angesprochen. Es gab in den letzten Jahren viele bauliche Veränderungen. Die Gefahren sind aus diesem Grund stark minimiert. Es wird dort gar nicht schneller gefahren.
Die SVP-Fraktion wird das Postulat nicht überweisen.

Thomas Eugster (FDP) sieht das Problem der Gemeindeautonomie. Es kann ja nicht sein, dass der Kanton den Gemeinden Vorschriften macht. Die Exekutive in Allschwil kann tätig werden. Man stelle sich vor, der Landrat fasse einen Beschluss und beauftrage eine kommunale Exekutive, dies oder jenes zu tun, sei es bei Tempo 30 oder einem anderen Thema. Es geht grundsätzlich um die Frage, wer wo befiehlt. Es gibt ein klares Verfahren. Der Bundesgerichtsentscheid zu Tempo 30 auf Kantonsstrassen ist gefallen. Das ist gar kein Problem. Isaac Reber hat aber gesagt, der Kanton schaue immer genau an, ob das Anliegen berechtigt ist oder nicht. Es ist aber die Gemeinde, die mit dem Anliegen an den Kanton treten sollte. Das soll weiterhin der Ablauf sein. Es ist schwierig, wenn der Landrat immer versucht, dies zu übersteuern und bei den Gemeinden eingreift.
Auch die FDP-Fraktion will sichere Schulwege, das ist gar keine Frage. Das muss aber auch das oberste Ansinnen von Allschwil sein. Letztendlich ist die Gemeinde dort verantwortlich. Es geht aber nicht, dass man plötzlich anfängt, die Gemeindeautonomie in diesem Bereich auszuhöhlen. Ein solches Vorgehen soll aber nicht Schule machen, weil es nicht der richtige Weg ist. Es gibt eben die verschiedenen Hierarchieebenen im Kanton.
Die Fraktion will das Postulat aus diesem Grund – und nicht, weil die Sicherheit nicht zählen soll – nicht überweisen.

Stephan Ackermann (Grüne) sagt, die Grüne/EVP-Fraktion sei für Überweisung, was wohl nicht sehr überrascht. Die Fraktion ist aber auch für Abschreibung. Das ist einmal etwas anderes von der Seite der Grünen. Die Grünen haben immer gesagt, die Gemeinden sollten es sagen, wenn an einem bestimmten Ort Tempo 30 braucht. Die Gemeinde scheint sich einig, dass Tempo 30 nötig ist. Der Redner ist nicht ortskundig und darf darum gerne korrigiert werden. Wenn aber Gemeinde und Bevölkerung wissen, dass sie dort Tempo 30 wollen, sollen sie an den Regierungsrat gelangen und ihre Gründe für Tempo 30 auf der Kantonsstrasse darlegen. Dann ist der Regierungsrat bekanntlich bereit, dies umzusetzen. Das ist der Weg, auf den man sich hier drinnen respektive in der Kommission geeinigt hat. Deshalb wäre die Abschreibung die richtige Konsequenz.
Betreffend Gemeindeautonomie: Die Gemeinden sollen diese Autonomie ja haben. An der letzten Landratssitzung wurde die Gemeindeautonomie bezüglich Mehrwertabgabe aber recht beschnitten. Deshalb muss man auf dieses Argument nicht allzu viel geben. Es wird immer so eingesetzt, wie es in die Argumentation passt. Die Haltung des Landrats bezüglich Tempo 30 auf Hauptstrassen war aber, dass die Initiative aus den Gemeinden kommen soll. Der Redner lässt sich von Pascal Ryf gerne überzeugen, warum der Regierungsrat in diesem konkreten Fall vorspuren soll – und nicht der Gemeinderat von Allschwil an den Regierungsrat gelangen soll. Warum ist der Meccano, auf den man sich geeinigt hat, in diesem Fall nicht richtig?

Hannes Hänggi (Die Mitte) fährt jeden Tag durch die Schönenbuchstrasse und ist darum sehr ortskundig. Die Strasse ist dort wirklich gefährlich. Es ist eng, es hat keinen Bordstein, also keine physische Abtrennung zwischen der engen Fahrbahn und dem engen Trottoir, das direkt ans Schulhaus grenzt. Man muss um eine enge Kurve fahren, wo die Schüler bei Stossverkehr gerne durchgehen. Letzthin gab es dort auch eine Baustelle. Das mag jetzt entschärft sein, auch wenn die Strasse aktuell noch eine Holperpiste ist. Man kann darum fast nicht schneller als mit 30 km/h durchfahren. Wer schneller fährt, handelt verantwortungslos. Darum ist es nur logisch, wenn man dort konkret Tempo 30 einführt. Zudem ist die Kantonsstrasse dort einspurig. Insofern ist es absolut berechtigt, wenn der Landrat darüber entscheidet. Damit wird die Gemeindeautonomie nicht ausgehöhlt – weil der Einwohnerrat ja eine Motion überwiesen hat. Der Wille in Allschwil ist gegeben, auf diesem Abschnitt Tempo 30 einzuführen. Es ist sicher recht, wenn der Landrat das Zeichen aussendet, dass die Situation entschärft werden soll.
Darum soll das Postulat überwiesen und stehen gelassen werden.

Juliana Weber Killer (SP) hat zuvor nicht gesagt, dass sie sich mit dem Gemeinderat kurzgeschlossen hat. Dieser ist gegen eine Abschreibung. Dies hängt damit zusammen (Isaac Reber dürfte dies genauer wissen), dass der obere Teil der Baslerstrasse demnächst grössere Bauarbeiten erleben wird. Die Gleise werden ausgewechselt und auch die Strasse wird wohl erneuert. In diesem Zusammenhang will die Gemeinde den Dorfkern neu gestalten. Aus diesem Grund soll das Postulat stehen gelassen werden – die Schönenbuchstrasse mündet genau dort in den Dorfkern.

Es ist für **Pascal Ryf** (Die Mitte) eine etwas verkehrte Welt, wenn er sich jetzt für Tempo 30 einsetzt. Das macht der Redner sonst nicht. Im konkreten Fall nimmt er wegen der Herausforderung von Stephan Ackermann aber gerne Stellung; ohne die Erwartung zu haben, den Vorredner überzeugen zu können.
Das Thema hat drei Aspekte. Die Bevölkerung will Tempo 30, eine Petition wurde von vielen Leuten respektive von Anwohnenden unterschrieben. Wenn man von politischer Legitimation spricht, kann man diese Petition aus der Bevölkerung anführen. Jetzt wurde sogar eine Motion überwiesen – der Einwohnerrat stützt das Anliegen also auch. Die Legislative als Vertretung des Volks möchte also – apropos Gewaltentrennung –, dass Tempo 30 eingeführt wird. Der Gemeinderat ist neu zusammengesetzt und will das anscheinend auch – er ist sogar gegen das Abschreiben des Pos-

tulats. Umso besser. Zweitens handelt es sich um ein Postulat. Der Redner hat keine Motion verfasst, wonach der Regierungsrat Tempo 30 einführen muss. Der Regierungsrat soll das prüfen, zumal (das steht in der Antwort) die Kantonspolizei die Einführung von Tempo 30 empfiehlt, weil der Abschnitt gefährlich ist. Der Redner nimmt den Regierungsrat ernst – wie auch die Argumentation beim Tempo-30-Gegenvorschlag: Der Regierungsrat hat immer noch die Möglichkeit, über den Entscheid eines Gemeinderates hinweg Tempo 30 einzuführen, wenn übergeordnete verkehrspolitische Aspekten dafür sprechen. Die bürgerlichen Kollegen haben das immer wieder betont. Das ist ja hier auch gegeben.
Vielleicht (dies an Stefan Ackermann) hat das Votum doch bewirkt, dass die Grüne/EVP-Fraktion schlussendlich gegen das Abschreiben ist.

Für **Andrea Heger** (EVP) wendet sich gegen blosses Schwarz-weiss-Denken. Das Gesetz lässt zwei Möglichkeiten offen. Entweder beantragt der Gemeinderat beim Regierungsrat Tempo 30 – oder der Regierungsrat setzt das Tempo hinunter, wie es Pascal Ryf gesagt hat, weil eine Situation gemäss klaren Kriterien gefährlich oder störend ist.
Vom Gesetz her muss im Moment der Gemeinderat den Antrag stellen – weil die Bevölkerung dies nicht kann. Die Petition ist zwar nett. Diese Einschätzung muss kurz erklärt werden. Als die Rednerin noch nicht im Hölsteiner Gemeinderat war, gab es im Dorf eine Petition nach altem Recht, mit der ganz viele Leute Tempo 30 innerhalb des Dorfs haben wollten. An der Versammlung selber wurde das aber umgestossen. Eine Petition selber sagt also noch nicht abschliessend, ob es die Bevölkerung etwas will oder nicht. Zudem besagt das neue Gesetz, das Thema liege in der Kompetenz des Gemeinderats. Dieser kann gar keine Vorlage an der Gemeindeversammlung bringen – auch wenn er das wollte. Das hätte die Rednerin als Gemeinderätin in Hölstein machen wollen, nachdem wieder Anträge aus der Bevölkerung gekommen sind, aber sie darf es nicht.
Insofern muss man keine grossen Mauern aufbauen. Der Landrat hat die Kompetenz, den Regierungsrat nett aufzufordern, das Thema noch einmal genau zu prüfen, sofern er dies nicht selber macht. Das tut Pascal Ryf mit seinem Vorstoss. Es ist legitim wenn der Landrat so vorgeht – die Gemeindeautonomie wird damit nicht ausgehebelt. Weil das neue Gesetz besagt, dass der Gemeinderat den Antrag stellt – oder der Regierungsrat handelt. Der Landrat kann den Regierungsrat auch zum Denken anregen.

Peter Hartmann (Grüne) sagt, er habe grundsätzlich Verständnis für das Anliegen von Tempo 30 in diesem Bereich. Der Gemeinderat hat aber eine Verantwortung. Er soll sie wahrnehmen. Darum plädiert der Redner für Abschreibung.

Robert Vogt (FDP) appelliert, dass der Landrat die Kompetenz des Gemeinderats nicht beeinflusst und das Postulat darum abschreibt.

Stephan Ackermann (Grüne) hört allen Voten zu. Er ist überrascht über den Land- und Gemeinderat Robert Vogt, der sagt, man solle den Vorstoss abschreiben. Im Einwohnerrat wurde eine Motion überwiesen, welche die Einführung von Tempo 30 fordert. Somit ist die Exekutive von Allschwil beauftragt, dies umzusetzen. Die Situation ist also klar: Alle inklusive Gemeinderat wollen Tempo 30. Wenn der Gemeinderat anders agiert, wird er bei den nächsten Wahlen nicht mehr gewählt. Dann ist das Problem auch gelöst. Ein Gemeinderat wäre ja auch unklug, wenn er Tempo 30 durchstiert, wenn die Bevölkerung dies nicht will. Somit wird er in diesem Fall aber den Wunsch aus Bevölkerung und Einwohnerrat positiv aufnehmen und dem Regierungsrat den Antrag stellen, Tempo 30 einzuführen. Das ist der richtige Weg. Es ist insofern egal, ob überhaupt ein Postulat eingereicht wurde bzw. ob man es abschreibt oder nicht. In der Sache ist Tempo 30 aufgegleist und wird in absehbarer Zeit umgesetzt. Die Frage der Abschreibung ist insofern etwas

eine Pose. Es ist auch unwichtig, wie der Redner abstimmt. Tempo 30 kommt – und das ist gut. Das ist auch die grüne Linie.

Thomas Hafner (Die Mitte) hat etwas Mühe, wenn viele Landratsmitglieder sich gegen den Vorstoss stellen. In Allschwil ist dies der Volkswille. Das Gesetz wurde vor kurzer Zeit geändert. Wenn der Gemeinderat im Moment noch zögert – in Gottes Namen! Der Redner will sich nicht zu Themen aus dem Oberbaselbiet äussern, die im Landrat besprochen werden. Wenn man die Strasse aber kennt, wie der Redner es tut, muss man sagen: Man kann dort nicht schnell durchfahren. Die Velo- und Motorradfahrer interessiert dies aber überhaupt nicht. Es sei darum plädiert, das Tempo-30-Postulat zu unterstützen. Der Regierungsrat ist ja bereit, es entgegen zu nehmen. Zugleich wird die Abschreibung abgelehnt.

Stefan Ackermann hat viele Punkte aufgegriffen, die auch **Thomas Eugster** (FDP) ansprechen wollte. Eigentlich betreibt der Landrat nur einen Leerlauf. Er diskutiert über ein Postulat. Das bedeutet: prüfen und berichten. Wenn der Regierungsrat etwas machen möchte und der Landrat dies übersteuern will, müsste er eine Motion überweisen.
Auf der anderen Seite wurde auch gesagt, dass die Sachlage klar ist. In Allschwil hat der Einwohnerrat eine Motion überwiesen, welche die Exekutive beauftragt, dass sie Tempo 30 beantragt. Der Regierungsrat oder der Gemeinderat werden das umsetzen. Das ist der richtige Weg. Auf Basis eines Postulats wird auch der Kanton nicht aktiv.
Mit dem Stichwort Gemeindeautonomie hat der Redner wohl arg die Keule geschwungen. In der Sache ist dieser Aspekt aber richtig. Der richtige Weg, über den der Landrat sich einig war, ist, dass eine Gemeinde, die Tempo 30 auf einer Kantonsstrasse will, dies beantragen soll. Das ist der Föderalismus, das ist schon richtig. Der Regierungsrat darf eingreifen, wenn ein Unfallschwerpunkt besteht und eine unmittelbare Gefahr droht. Das ist bei der aktuellen Situation nicht der Fall. Darum soll das Verfahren den ganz normalen Weg gehen. Eigentlich könnte man das Postulat zurückziehen, was aber nicht passiert. Also muss der Landrat darüber abstimmen. So gesehen ist die FDP logischerweise für Abschreiben. Die Mehrheitsverhältnisse sehen aber so aus, als ob das Postulat überwiesen wird.

Regierungsrat **Markus Eigenmann** (FDP), der anstelle der abwesenden Sicherheitsdirektorin spricht, will die Diskussion nicht verlängern. Der Regierungsrat wollte aufzeigen, wie der schnellste Weg zur Umsetzung aussehen könnte. Der Redner ist überzeugt, dass es schneller geht, wenn der Gemeinderat gestützt auf die Motion einen Antrag stellt.
Persönlich, aber auch als langjähriger Gemeindepräsident erscheint es ziemlich schwierig, wenn aus dem Landratssaal heraus, wo von 90 Mitgliedern etwa 10 eine genaue Ortskenntnis haben, einzelne Streckenabschnitte beurteilt werden. Es gibt wahrscheinlich noch zahlreiche ähnliche Kantonsstrassen im Kanton, die vor einem Schulhaus einspurig werden und gefährliche Ecken aufweisen. Der Beschluss des Regierungsrats, er wolle Anträge der Gemeinderäte, wenn man von Tempo 50 auf Kantonsstrassen abweicht, hatte einen bestimmten Grund: Der Regierungsrat vertraut auf die Ortskundigkeit der Gemeinderäte und auf die demokratischen Prozesse vor Ort, sei es über Gemeindeversammlungen oder Einwohnerräte. Wenn der Regierungsrat überall beurteilen müsste, ob man an einem spezifischen Ort Tempo 30 einführen soll, käme man ja nicht darum herum, einen Vergleich über den ganzen Kanton anzustellen. Das wäre eine riesige Aufgabe. Es ist der effizientere Weg, wenn man dies über entsprechende Gemeinderatsbeschlüsse beantragen lässt.

://: Mit 50:26 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen und mit 43:33 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgeschrieben.